

Hintergrundpapier zur Kampagne "Steuer gegen Armut: Die Transaktionssteuer"

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" fordert eine **Transaktionssteuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen**. Diese Steuer umfasst deshalb nicht nur, wie der bekannte Vorläufer "Tobin Tax", Währungsspekulationen, sondern auch Spekulationen mit Aktien, Derivaten, Rohstoffen, Nahrungsmitteln usw.

Die Kampagne hat zwei Ziele:

1. Sie fordert die Einführung dieser Steuer mindestens innerhalb der EU, und bis zu dieser Einführung nationale Vorbereitungen, wie etwa parlamentarische Vorarbeiten oder die Einführung einer Börsentransaktionssteuer.
2. Die Träger der Kampagne sind der Auffassung, dass reiche Länder mehr Ressourcen zur Krisenfolgenbewältigung haben und befürworten deshalb eine Unterstützung armer Länder durch die Einkünfte, die durch diese Steuer gewonnen werden.

Den Trägern der Kampagne ist bewusst, dass diese Steuer bei der FDP auf keine Gegenliebe stößt. Dies darf uns nicht davon abhalten, das Richtige zu fordern, umso mehr, da wir uns in guter Gesellschaft zu befinden glauben:

1. Regierungssprecher Wilhelm wies, sicherlich nicht ohne Rücksprache mit Frau Merkel, Vorhaltungen zurück, dass sich diese Steuer nicht durchsetzen ließe. "Dass ein Vorschlag in der Vergangenheit keine Chance gehabt habe, bedeute nicht, dass dies für alle Zeit so bleiben müsse."¹
2. Frau Merkel hat anlässlich des EU Gipfels im September "große Unterstützung" für diese Steuer unter den EU Regierungen konstatiert.²
3. Vor dem Abflug zum G20 Gipfel nach Pittsburgh meinte Frau Merkel, die Politik müsse bereit sein, Dinge zu tun, die nicht immer den Beifall der Banken (und ihrer Verbündeten) nach sich ziehen.³
4. Nicht vergessen werden darf sodann, dass auch die SPD und Bündnis 90/Grünen diese Steuer unterstützen, die Linkspartei ist sicher nicht dagegen. Mit der CDU zusammen wäre dies eine satte parlamentarische Mehrheit für dieses Thema.

Auch international sehen wir uns in guter Gesellschaft. Für eine generelle Finanztransaktionssteuer ist derzeit zwar nur Österreich⁴ und der G20 Gipfel in Pittsburgh hat sich hier angeblich nur zu einem Prüfauftrag durchgerungen.⁵ Aber es tut sich einiges auf dem Gebiet der Tobin Tax, auf dem man aufbauen kann:

- Die französischen und belgischen Parlamente haben bereits Vorarbeiten für die Einführung einer Tobin Steuer – dies kann als Ansporn für den Bundestag dienen!
- Der einflussreiche Chef der britischen Finanzaufsicht FSA meinte kürzlich überraschend: "Wenn höhere Kapitalvorgaben nicht ausreichen, bin ich gern bereit, Steuern auf Finanztransaktionen in Betracht zu ziehen, Tobin-Steuern."⁶

¹ So Wilhelm in der Süddeutschen Zeitung, 12.9.2009

² Associated Press, 17.9.2009

³ Pressestatements der Bundeskanzlerin und des Finanzministers vor dem Abflug nach Pittsburgh. Mitschrift Pressekonferenz, 24.9.2009

⁴ Gemeinsamer Vortrag von Bundeskanzleramt und Finanzministerium an den Ministerrat vom 1.9.2009.

⁵ Reuters Meldung, 25.9.2009

⁶ Financial Times Deutschland, 27.8.2009

- Die Leading Group on Solidarity Levies bei der Märztagung die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung der Umsetzbarkeit der Tobin Tax eingesetzt.⁷

Hinsichtlich der Frage, wie hoch unserer Ansicht nach der Prozentsatz sein sollte, mit dem Finanztransaktionen belegt werden sollten, gehen Meinungen weit auseinander. Bis hier weitere Klarheit erzielt wird orientieren wir uns an den Vorschlägen von Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück, die für die Finanztransaktionssteuer einen Steuersatz von 0,05% befürworteten.⁸

Abschließend ist uns klar, dass diese komplexe Steuer nicht von heute auf Morgen erzielt werden kann weil viele rechtliche und verfahrenstechnische Fragen der Klärung bedürfen. Deshalb befürworten wir die Einführung in Zwischenschritten, etwa, national zunächst die Einführung einer Börsenumsatzsteuer (die es in Deutschland faktisch schon gegeben hat) und auf EU-Ebene zunächst die Einführung einer Devisentransaktionssteuer (zu der es überzeugende Studien und Implementierungsvorschläge gibt). Aber selbst Skeptiker/Gegner der Finanztransaktionssteuer geben zu, dass es riskante und sozial ungerechte Transaktionen gibt, denen man mit der Devisentransaktionssteuer allein nicht beikommt.⁹

Als weitere Schritte der Kampagne sind unter anderem angedacht:

- Weiteres Sammeln prominenter Unterstützer der Kampagne
- Lancierung der Kampagnenwebsite www.steuer-gegen-armut.org mit Mitmach- und Unterstützungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger
- Bekanntmachen der Kampagne über die Publikationsorgane der Unterzeichner
- Lobbyarbeit gegenüber Bundesregierung und Bundestag
- Vernetzung mit anderen Kampagnen und Organisationen in anderen europäischen Ländern
- Fachkonferenz zum Thema vom 28.-30. Mai 2010 in Nürnberg

Nürnberg, 16.10.2009

P. Dr. Jörg Alt SJ

⁷ Presidency Conclusions vom 29.5.2009, Empfehlung V.

⁸ Süddeutsche Zeitung, 24.9.2009, "Die Finanztransaktionssteuer"

⁹ Zu diesem Abschnitt: Prof. Paul Bernd Spahn (2002) *Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer*. Studie für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sowie: Ders. (2009) Lord Turner and the Tobin Tax. In "The Globalist", Internetressource <<http://www.theglobalist.com/StoryId.aspx?StoryId=7986>>, 9.9.2009
Kampagne Steuer gegen Armut - Koordination und ViSdP: Jesuitenmission, P. Dr. Jörg Alt SJ, Königstraße 64, D-90402 Nürnberg. Tel. (+49)911/ 2346-189, Fax (+49)911/ 2346-161